

Sicherheit, Stabilität und Frieden auf dem Kontinent sind. Niemand darf diese Fundamente des friedlichen Zusammenlebens in Europa untergraben.

Die DDR und die VRP weisen entschieden die Einmischung der USA und der NATO in die inneren Angelegenheiten Polens zurück. Die gegen die VR Polen, die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten gerichtete Droh- und Boykottpolitik ist eine äußerst grobe Verletzung des Völkerrechts; sie gefährdet die internationale Sicherheit und beeinträchtigt die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Beide Seiten stellten fest, daß die Ereignisse in Polen von der NATO nur zum Vorwand genommen werden, um die internationalen Spannungen zu verschärfen und das Wettrüsten anzuheizen. Die DDR und die VRP halten es für unerlässlich, dem Kurs der Zuspitzung der internationalen Lage die Geschlossenheit der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft entgegenzustellen und ihre Tätigkeit wirksam zu koordinieren, um auch weiterhin der Politik der Entspannung zum Durchbruch zu verhelfen. Sie bekräftigten ihre Bereitschaft, die Beziehungen mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, vor allem der souveränen Gleichheit und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, zu entwickeln.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen bekundeten ihren festen Willen, für die Verringerung der Kriegsgefahr, für die Einstellung des Wettrüstens und für konkrete Abrüstungsschritte zu wirken. Sie sind bereit, für die Gesundung der internationalen Lage mit allen verantwortungsbewußten politischen und gesellschaftlichen Kräften zusammenzuarbeiten. Nach ihrer festen Überzeugung gibt es zur Beseitigung der Spannungen, zur Lösung der internationalen Probleme keinen anderen Weg als den konstruktiven Dialog zwischen Repräsentanten von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Beide Seiten vertraten die Auffassung, daß der Kampf für die Bewahrung des Friedens, für Sicherheit und Abrüstung eine Sache aller Staaten und Völker ist.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen bekräftigten ihre volle Unterstützung für das Friedensprogramm des XXVI. Parteitages der KPdSU. Seine Verwirklichung würde es ermöglichen, in den 80er Jahren erfolgreich auf dem Weg der Festigung des Friedens und der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit, der Einstellung des Wettrüstens, der Erhaltung und Festigung der Entspannung voranzukommen.

Erich Honecker und Wojciech Jaruzelski würdigten insbesondere die von Leonid Breschnew unterbreiteten neuen Friedensinitiativen der Sowjetunion mit dem Ziel, zu einer gerechten Vereinbarung über eine einschneidende Reduzierung der Kernwaffen in Europa zu gelangen. Der Beschluß über ein einseitiges Moratorium für die Stationierung von Kernwaffen mittlerer Reichweite im europäischen Teil der Sowjetunion und die Absicht, noch in diesem Jahr - falls